

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Das Europäische Atomforschungs- zentrum in Ispra in Gefahr

Der im Jahr 1957 abgeschlossene Vertrag von Rom über die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft im Rahmen der EWG gibt der Körperschaft den Auftrag, Reaktorprototypen zu entwickeln, die zur Erzeugung von preislich wettbewerbsfähigem Strom führen können. Durch den Bau von supranationalen Forschungszentren sollen die Voraussetzungen zur Realisierung einer mächtigen europäischen Kernindustrie geschaffen werden. Jede der sechs beteiligten Nationen muß einen proportionell festgelegten Beitrag zur Finanzierung solcher Atomprojekte leisten, die nur in gemeinsamer Anstrengung gemeistert werden können. Proportionell aufgeteilt werden auch die zu besetzenden Stellen — ein Prinzip, über dessen Einhaltung jedes Land eifersüchtig wacht.

Nichtsdestoweniger gelang es den französischen Vertretern, sich seit der Gründung der nuklearen EWG-Filiale in der Brüsseler Zentrale die Schlüsselpositionen zu sichern. Dies war insofern natürlich, als Frankreich auf dem Gebiet der praktischen Atomforschung die meiste Erfahrung mitbrachte. Heute noch ist Frankreich im Reaktorbau in Europa führend, aber die Bundesrepublik hat beträchtlich aufgeholt und versucht die französische Vorherrschaft im Euratom anzufechten.

Das größte Versuchszentrum des Euratom befindet sich bei Ispra am Lago Maggiore. 1959 schlug die italienische Regierung der Europäischen Atomgemeinschaft vor, ein bislang nationales Versuchsgelände von 180 Hektar, auf dem bereits ein kleinerer Reaktor amerikani-

schen Ursprungs in Betrieb stand, auf 99 Jahre für einen symbolischen Pachtzins von einem Dollar zu pachten. Das Abkommen wurde am 22. Juli 1959 unterzeichnet und ein Jahr später vom italienischen Parlament ratifiziert. Heute sind in Ispra etwa 1400 Personen beschäftigt. Zum Direktor wurde ein Deutscher, Dr. *Gerhard Ritter*, bestellt; Leiter des hauptsächlichlichen Forschungsprojekts „Orgel“ ist ein Franzose.

Das Forschungszentrum erhielt vom EWG-Ausschuß für Wissenschaft und Technik und der Euratom-Kommission den Auftrag, einen mit Natururan arbeitenden, mit schwerem Wasser moderierten und mit organischen Flüssigkeiten gekühlten Leistungsreaktor zu entwickeln. Das Projekt trägt die Bezeichnung „Orgel“ (aus „organique“ und „eau lourde“) und schien aus mehreren Gründen aussichtsreich: Natururan ist ein verhältnismäßig billiger Kernbrennstoff, der in Europa selbst hergestellt wird und daher die Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten garantiert; mit organischen Kühlflüssigkeiten, die jedoch erst entwickelt werden müssen, lassen sich in Niederdruck-Kreisläufen hohe Temperaturen (um 400 Grad) erreichen, wobei herkömmliche Werkstoffe Verwendung finden können. Es müßte demnach möglich sein, Kernkraftwerke zu errichten, die Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen liefern. Gegenwärtig harrt aber noch manches technischwissenschaftliche Problem seiner Lösung.

Ein einziger Reaktor, nämlich die von Italien übernommene Anlage „Ispra 1“, steht derzeit im Betrieb. Es handelt sich um einen für die Forschung bestimmten amerikanischen Typ („Argonne“); seine thermische Leistung beträgt fünf Megawatt. Tagesverbrauch: 6 Gramm Uran 235. Als nächstes geht eine sogenannte „kritische Anordnung“, ECO getauft, ihrer Vollendung entgegen. Diese Versuchsanlage wird von einer Gruppe holländischer Firmen nach Plänen gebaut, die mit Unterstützung der technischen Abteilungen

der Europäischen Atomgemeinschaft ausgearbeitet wurden. ECO ist ein reiner Experimentalapparat und wird mit sehr geringer Leistung betrieben (ein Kilowatt): genau an der kritischen Schwelle, auf der sich die Kernreaktion aufrechterhalten läßt.

Die letzte Stufe vor dem eigentlichen „Orgel“-Prototyp nimmt der Prüfreaktor „Essor“ ein, dessen riesiges Stahlgehäuse gegenwärtig zusammengeschweißt wird. Mit der Inbetriebnahme dieses Reaktors von 45 Meter Höhe wird für Frühjahr 1968 gerechnet.

Um jedoch einmal zu einer industriellen Auswertung des Reaktorprojekts zu gelangen, braucht es eine ganze Reihe von technischen und wissenschaftlichen Untersuchungen. Es müssen die geeigneten Kühlflüssigkeiten und Metallegierungen gefunden werden, jede Rohrbiegung setzt komplizierte Berechnungen voraus und auch die Sicherheitsvorkehrungen dürfen nicht vernachlässigt werden. Die Hauptabteilung Werkstoffe zum Beispiel führt chemische, metallurgische und physikalische Untersuchungen über das Umhüllungsmaterial, das Reaktorbaumaterial, die Moderatoren und die verschiedenen Brennstoffe durch. Die Abteilung Reaktorphysik arbeitet Berechnungsmethoden aus, führt Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der theoretischen Kernphysik durch, ermittelt die besten Bedingungen für die Entwicklung einer Kettenreaktion für einen bestimmten Brennstoff, untersucht die Daten verschiedener Projekte, führt statistische Studien über die in einem Reaktor verwendeten Materialien durch und befaßt sich mit der Automation der elektronischen Geräte. In der technologischen Abteilung werden die verschiedenen Reaktorbestandteile praktisch erprobt. Eine große Bedeutung kommt dem Laboratorium für Wärmeübertragung zu; es verfügt über Probekreisläufe großer Abmessungen, in denen neben dem für das „Orgel“-Programm gewählten organischen Kühlmittel (Polyphenyle) auch andere Kühlmittel (Wasser, Gas, flüssige Metalle) untersucht werden. Die Gruppe Elektronik plant und baut verschiedene Prototypen von elektronischen Geräten, die im Handel nicht erhältlich sind.

Ein besonderes Wunderwerk ist das Rechenzentrum der Europäischen Atomgemeinschaft (CETIS), das sich ebenfalls in Ispra befindet und auch den anderen europäischen Institutionen zur Verfügung steht. Hier werden beispielsweise die Wirtschafts- und Außenhandelsergebnisse der EWG ausgerechnet, was dem Zentrum jährlich einige hunderttausend Dollar einbringt. Eine einzige elektronische Rechenmaschine kann je Sekunde 229 000 Additionen oder 39 000 Multiplikationen mit jeweils acht Ziffern durchführen. Eine andere Maschine „liest“ 48 000 Lochkarten je Stunde. Neben seiner Routinetätigkeit entwickelt das Rechenzentrum ein Forschungsprogramm, zu

dem unter anderem die automatische Übersetzung wissenschaftlicher Texte gehört.

Über 60 vH der gegenwärtigen Tätigkeit Ispras betreffen das „Orgel“-Projekt. Daneben beschäftigen sich einige Forschergruppen mit anderen Programmen: Das Projekt „Sora“ (Entwicklung eines Forschungsreaktors zur Erzeugung „schneller“ Neutronen) und ein Vorhaben zur direkten Umwandlung von Wärmeenergie in elektrischen Strom (direkte Konversion). Durch ihre bisherigen Ergebnisse mit diesen beiden Projekten haben die Wissenschaftler aus Ispra bereits mehrmals internationales Aufsehen erregt.

Leider kracht aber das gesamte Euratom-Gebäude heute bereits in seinen Fugen. Schuld daran sind Fehlkalkulationen und kleinkarierte nationale Politik, und am meisten davon betroffen wird das Zentrum in Ispra. „Unser Schicksal liegt nun in den Händen des EWG-Ministerrats“, klagt Ispra-Chef Dr. Ritter. Denn das Werk steht vor dem finanziellen Ruin. Mit den für 1965 noch zur Verfügung stehenden Mitteln können wahrscheinlich nicht einmal mehr die Gehälter bis Jahresende ausgezahlt werden und man muß mit einer Streikbewegung unter den gewerkschaftlich straff organisierten italienischen Arbeitskräften rechnen. Wie konnte es zu dieser katastrophalen Lage kommen?

Als Ispra von der Kommission in Brüssel den französisch inspirierten Auftrag zur Ausführung des „Orgel“-Projekts bekam, wurden weder von deutscher noch von anderer Seite ernstliche Einwände oder Gegenvorschläge gemacht. Im Rahmen des Euratom-Fünfjahresplans 1963—1967 bekam Ispra dann 78 Millionen Dollar zugestanden. Dem rapiden Ansteigen der allgemeinen Spesen zufolge — bedingt durch die schleichende Inflation in Italien — wurden die veranschlagten Gelder von Jahr zu Jahr unzureichender. Zur Weiterführung der Forschungen im bisherigen Rahmen benötigt das Zentrum 1965 ungefähr 20 Millionen Dollar, hat aber nur 13,8 Millionen zur Verfügung.

Dieses relativ bescheidene Manko könnte sicherlich durch die Gewährung eines Zusatzkredits aus der Welt geschafft werden — wenn nicht Ispra unversehens in ein Tauziehen zwischen französischen und deutschen Interessen geraten wäre. Die Konstruktion von Leistungsreaktoren geht in Frankreich und in Deutschland von unterschiedlichen Bedingungen aus. In der Bundesrepublik liegt diese Domäne zum größten Teil in den Händen der Privatindustrie; in Frankreich dagegen nimmt die staatliche EDF (*Electricité de France*) praktisch eine Monopolstellung ein. Da die französische Atomforschung — und auch der Staatshaushalt — mit dem Aufbau der „Force de frappe“ mehr als ausgelastet sind, hat man in Paris alles Interesse, die

zivile Forschung so weit als möglich auf das Euratom abzuwälzen. Das Projekt „Orgel“ fügt sich in das industrielle Reaktorenprogramm der EDF ein. Zum Zeitpunkt der Festlegung der wissenschaftlichen Linie Ispras hatten die Vertreter der Bundesrepublik wie gesagt nichts dagegen einzuwenden. Nun aber wünschen sie, man möge am Lago Maggiore eher die noch theoretischen Zukunftsmöglichkeiten der Atomindustrie ausloten, als mit großem Aufwand verhältnismäßig kurzsichtige-französische Ideen zu verwirklichen. Das System „Orgel“ sei bereits jetzt veraltet, die Zukunft gehöre den sogenannten „schnellen Brütern“. Die in Ispra tätigen Forscher sind jedoch anderer Meinung und machen geltend, daß die Amerikaner erst kürzlich ein gleichartiges Reaktorprojekt zur Stromerzeugung und gleichzeitiger Entsalzung von Meerwasser in Angriff genommen haben. Ein Fallenlassen des „Orgel“-Projekts im jetzigen Stadium würde eine Fehlinvestition von mehreren hundert Millionen Mark und vielleicht die Abwanderung zahlreicher enttäuschter europäischer Spitzenkräfte bedeuten.

So erklärte Generalberichterstatter *Mario Pedini* vor dem Europäischen Parlament: „Wenn die Gemeinschaft aus den hohen in Ispra angelegten Investitionen Gewinn ziehen will, muß sie den Menschen, die dort arbeiten, eine klare Antwort geben und ihnen ihre Zukunft im Dienst der weiteren Entwicklung der Forschungsstelle garantieren.“

Pierre Simonitsch, Genf

Vor den Histadruth-Wahlen in Israel

Ende Mai dieses Jahres finden die Wahlen zur Landestagung der Histadruth, der Allgemeinen Jüdischen Arbeiterorganisation Israels, statt, die als Zentralgewerkschaft des Landes fungiert. Diese Wahlen werden allgemein als Probeabstimmung für die für November angesetzten Parlamentswahlen angesehen. Bei einer Gesamtbevölkerung von 2,3 Millionen Seelen in Israel, zählte die Histadruth Ende September 1964 etwa 873 000 Mitglieder — davon übrigens über 37 000 Araber. Ende 1964 belief sich die Mitgliederzahl auf rund 880 000, und man rechnet — auf Grund von Mitgliederwerbungen — auf etwa 900 000 Wahlberechtigte. Bei einem so hohen Prozentsatz von Gewerkschaftsmitgliedern innerhalb der Bevölkerung können diese Wahlen mit Recht als Probeabstimmung für die kommende Entscheidung für das Parlament (Knesseth) betrachtet werden.

Im Hinblick auf diese Histadruth-Wahlen werden bei den Parteien große Vorbereitungen getroffen. Die größte Partei, die Arbeiterpartei Mapei, verfügte bisher über die absolute Mehrheit und lenkte mit deren Hilfe nach ihrem

Wunsche die Histadruth. Die Oppositionsparteien bekämpften die Mapei heftig und versuchten, ihre Mehrheit zu erschüttern. Dies wird ihnen jedoch kaum gelingen, da die • Mapei dabei ist, mit der linkssozialistischen Gruppe Achduth Awodah (Einheit der Arbeit) eine gemeinsame Liste aufzustellen — und diese dürfte wiederum die absolute Mehrheit auf sich vereinigen. Da es in der Beurteilung der wirtschafts- und lohnpolitischen Fragen noch Meinungsverschiedenheiten zwischen Mapei und Achduth Awodah gibt, hat sich die Achduth Awodah ausbedungen, daß sie trotz Einheitsliste sich nach den Wahlen eine eigene Fraktion in den Instanzen der Histadruth schaffen darf. Ministerpräsident *Levi Eschkol* (Mapei) ging auf diese Forderung ein, weil er überzeugt ist, daß es sich nur um eine Übergangslösung handelt, die dennoch den Weg zu voller Einigung bahnen wird; der ehemalige Ministerpräsident *Ben Gurion* und seine Anhänger in der Mapei wandten sich demgegenüber entschieden gegen dieses Sonderrecht für die Achduth Awodah, aber Eschkol konnte die Mehrheit seiner Partei für diesen Plan gewinnen.

Der Einfluß des Arbeitselementes in der Bevölkerung Israels ist im übrigen so stark, daß keine Partei ohne einen Arbeiterflügel auskommen kann. Die nichtsozialistische Liberale Partei ist in der Histadruth durch eine Gruppe „Liberale Arbeiterbewegung“ vertreten, die etwa 10 vH der Mitglieder um sich vereinigt. Jetzt versucht auch die rechtsstehende nationalistische Cheruth (die bisher über eine eigene Arbeiterorganisation verfügte) eine Fraktion in der Histadruth zu bilden, und für die kommenden Wahlen ist von ihr eine neue Liste mit dem Namen „Fraktion Blau-Weiß“ angekündigt. Diese Liste ist ein Experiment; hat es einen gewissen Erfolg, so dürfte die eigene Arbeiterorganisation der Cheruth langsam verschwinden.

Auf der Linken stehen die in absoluter Opposition befindlichen Gruppen Mapam (Vereinigte Arbeiterpartei) und die Kommunisten, die zusammen etwa 15 vH der Stimmen bei den letzten Histadruth-Wahlen auf sich vereinigen konnten.

Gewerkschaften anderer Länder werden sicher mit Neid auf den hohen Prozentsatz organisierter Gewerkschafter in Israel blicken und werden den Einfluß bewundern, den die Histadruth in Staat und Wirtschaft erringen konnte. Die überaus starke Stellung hat die Histadruth jedoch auch mit sehr viel Verantwortung belastet und hat ihr zum Teil Aufgaben auferlegt, die sehr unangenehm sind und die sich gegen die Entscheidungsfreiheit der Gewerkschaftsorganisation richten.

Die Parteien Mapei und Achduth Awodah sind zugleich die führenden Regierungsparteien, und ihre Minister sehen sich der Tatsache ge-

genüber, daß die Wirtschaft Israels bei allen Fortschritten noch längst nicht konsolidiert ist. Die Not- und Mangelerscheinungen der ersten Jahre nach Gründung des Staates Israel konnten wohl überwunden werden, aber auch heute noch ringt Israel mit einem großen Defizit in seiner Handels- und Zahlungsbilanz und mit ständiger Inflationsgefahr. Nach dem Urteil von ausländischen Sachverständigen, dem sich auch die Experten aus dem Kreise der Arbeiterbewegung angeschlossen haben, muß Israel zum Ausgleich seiner Handelsbilanz die Produktivität der Arbeit erheblich erhöhen und zugleich eine zurückhaltende Lohnpolitik treiben.

Andererseits steht Israel wegen der ständigen Aufbauarbeit und insbesondere wegen der schnellen Entwicklung der Industrie im Zeichen der Vollbeschäftigung und des Arbeitermangels. Bauarbeiter und Fachleute in der Industrie sind sehr gesucht, und sie können praktisch den Unternehmern die Löhne diktieren. Unter solchen Umständen ist eine „zurückhaltende Lohnpolitik“ schwer zu betreiben. In Zeiten, in denen in Israel große Arbeitslosigkeit herrschte und alles auf die gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeitsplätze ankam, erließ die Regierung Israels ein Gesetz, das ein Arbeitsvermittlungsmonopol einführt. In Israel können Stellen in den meisten Berufen nur durch Vermittlung des staatlichen Arbeitsamtes besetzt werden. Während jedoch früher die Arbeitssuchenden in langen Reihen in den Arbeitsämtern anstanden, kann das Arbeitsamt jetzt den Wünschen der Arbeitgeber nicht nachkommen. Es stellt ihnen anheim, sich selbst Arbeitskräfte zu suchen, und es gibt dem angestellten Kandidaten später die formelle Genehmigung, um so dem Vermittlungsgesetz Genüge zu tun. Das Gesetz über das Vermittlungsmonopol will man nicht beseitigen, da ja einmal die Hochkonjunktur zu Ende gehen kann. Allerdings hat der Arbeitsminister /l/o» erst kürzlich für wenigstens fünf weitere Jahre Vollbeschäftigung vorausgesagt.

Im Gegensatz zu Gewerkschaften anderer Länder ist die Histadruth streng zentralistisch aufgebaut. Über Gewerkschaftsforderungen und Löhne entscheidet nicht allein der Fachverband, sondern Gruppen von Arbeitern und örtliche Fachverbände haben sich mit ihren Wünschen an den örtlichen allgemeinen Histadruth-Rat (Gewerkschaftskartell) zu wenden, der als Zentralinstanz über allem steht. Streiks können nicht ohne Genehmigung des örtlichen Arbeiterrates und gewiß nicht ohne Zustimmung des leitenden Histadruth-Sekretärs am Orte ausgerufen werden. In den letzten Jahren ging die Zentralisierung noch weiter, weil nämlich die Funktionäre der Parteien Mapei und Achduth Awodah die Wünsche der Parteiminister in der Regierung befolgen mußten. Alle wichtigen lohnpolitischen

Fragen wurden an die Zentrale der Histadruth nach Tel Aviv verwiesen, und dort entschied entweder die Hauptabteilung für Gewerkschaftsfragen oder der leitende geschäftsführende Ausschuß der gesamten Histadruth. Auch die Ausrufung von wichtigeren Streiks wurde immer von der Zustimmung der Zentralinstanzen in Tel Aviv abhängig gemacht — und diese entschied gewöhnlich unter Berücksichtigung der Wünsche der Regierung. Die Oppositionsparteien — aber auch weitere Kreise in der Histadruth — warfen daher der Leitung vor, daß die gewerkschaftliche Entscheidungsfreiheit beseitigt sei und daß die Histadruth-Zentrale nur zu einem verlängerten Arm der Regierung geworden sei.

In den letzten Jahren hatte die Leitung der Histadruth zwei Prinzipien für die Gewährung von höheren Löhnen festgelegt. Zulagen kommen einmal als Abgeltung für die Teuerung in Frage, und in Israel besteht das Prinzip der Bindung der Teuerungszulage an den Index der Verbraucherpreise. Wenn der Index um wenigstens 3 vH innerhalb von sechs Monaten steigt, so ist eine entsprechende Teuerungszulage zu zahlen. Letztens wurde das Abkommen über die Teuerungszulage so revidiert, daß wahrscheinlich nur einmal im Jahr eine Berechnung der Zulage vorgenommen werden wird. Allgemeine Gehaltserhöhungen sollen — abgesehen von der Teuerungszulage — entsprechend der Steigerung der Wirtschaftsproduktivität gezahlt werden. Ein gemeinsamer Ausschuß der Histadruth und der Industriellen hatte die Steigerung der Produktivitätsrate für 1964 und 1965 mit je 3 vH angenommen, und die Leitung der Histadruth proklamierte daher allgemeine Gehaltszulagen in Höhe von 3 vH.

Gegen diese Politik erhoben sich die Akademiker im Staatsdienst und viele andere Gruppen von Staatsbeamten, und während des Jahres 1964 kam es im Staatsapparat zu einer Reihe unautorisierter Streiks. Den Beamten ist das Streiken in Israel nicht verboten, und sie machten von diesem Recht gegen den Willen der Histadruth Gebrauch. Die Vollbeschäftigung und die günstige Ausgangssituation für Facharbeiter führte dazu, daß auch in weiteren Wirtschaftszweigen unautorisierte Streiks festzustellen waren. Bis heute liegen noch keine genauen Zahlen für 1964 vor, aber der größte Teil der Streiks des letzten Jahres fand ohne Genehmigung der Histadruth-Leitung statt. Das Auflehnen gegen die Wünsche der Zentrale bedeutete jedoch nicht, daß etwa die streikenden Arbeiter und Beamten sämtlich zur Opposition übergingen. Ein Teil von ihnen wird bei den kommenden Wahlen der äußersten Linken seine Stimme geben, die meisten zählen sich nach Erledigung des Streikkonflikts jedoch weiter zu den führenden Parteien. Regierung und Histadruth wollten es in den meisten

Fällen nicht zu schweren Konflikten kommen lassen und die Gewerkschaftsdisziplin nicht weiter untergraben, und so wurden oft Kompromisse erzielt. Das Ergebnis ist, daß im Jahre 1964 die Löhne nicht 3 vH stiegen, sondern im Durchschnitt um 13 bis 15 TH, und gewisse Kategorien von Staatsbeamten konnten im letzten Jahr sogar Erhöhungen von 20 bis 25 vH herausholen. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß der Staat sich der Konkurrenz der besser zahlenden Privatwirtschaft gegenüber sieht und mehr zahlen muß, um nicht seine besten Fachleute zu verlieren.

Angesichts der ständigen Streikdrohung und der Untergrabung der Gewerkschaftsdisziplin wurden nun mehrere Reformvorschläge gemacht, die auch in einem Referat des Generalsekretärs der Histadruth *Ahron Becker* auftraten. Minister hatten vorgeschlagen, daß für lebenswichtige Betriebe und Staatsbeamte ein *gesetzlich vorgeschriebenes* Zwangsschlichtungsverfahren eingeführt wird. Dies lehnen Becker und die meisten Histadruth-Führer als „Schlag gegen die Gewerkschaftsfreiheit“ ab. Sie empfehlen dagegen, daß in die Kollektivverträge ein Passus aufgenommen wird, daß Arbeitgeber und Arbeiter sich bei einem Lohnkonflikt auf *freiwillige* Anrufung eines Schiedsgerichtes einigen. Nach dieser Regelung würde es Kollektivverträge geben, die diesen Passus enthalten und solche ohne diesen Passus, wenn die betreffenden Gewerkschaftskreise gegen Schiedsgerichtsbarkeit sind.

Der Arbeitsminister *Alon* (der der linkssozialistischen Partei Achduth Awodah angehört) hat außerdem auf Grund seiner Erfahrungen ein „Abkühlungsgesetz“ vorgeschlagen, d. h. vom Ausbruch eines Konflikts bis zum tatsächlichen Beginn eines Streiks müssen wenigstens sieben Tage vergehen, und diese „Abkühlungsfrist“ soll für Verhandlungen benutzt werden. Da auch die Mapei für diesen Plan eintritt, ist mit Annahme dieses Gesetzes zu rechnen.

Becker und führende Histadruth-Funktionäre haben weiter eine Dezentralisierung der Gewerkschaften vorgeschlagen, und es wurde auch schon die Gründung von drei Fachverbänden für Industriearbeiter angekündigt. Die bisherige Zentralisierung gab zwar der Leitung eine stärkere Kontrolle über die Lohnpolitik, aber sie führte zugleich dazu, daß die Arbeiter und Angestellten bestimmter Zweige und Betriebe immer das gleiche — höhere — Gehalt anderer vergleichbarer Zweige und Unternehmen erzielen wollten. Die Dezentralisierung und Aufteilung in mehrere Industrieverbände kann dieser Tendenz, die in Entwicklung befindlichen Betriebe beeinträchtigte, nach Auffassung von Becker entgegenwirken. Wahrscheinlich wird die Histadruth ab 1966 nicht mehr allgemeine Landessätze für Erhöhungen (wie die berühmten 3 vH) verkünden, sondern

wird sich darauf beschränken, nur gegen zu weitgehende Steigerungen aufzutreten. Das bisherige System ist jedenfalls wegen der eingetretenen Erschütterung der Organisationsdisziplin kaum aufrechtzuerhalten.

Die hier dargestellten Probleme werden bei dem Wahlkampf, der übrigens auf Grund von Parteivereinbarungen ohne große Kosten geführt werden soll, eine Rolle spielen. Auf der Landestagung der Histadruth wird dann die Entscheidung über die Reformvorschläge zu erfolgen haben. Die Leitung der Histadruth hofft dann, die alte Kraft der Organisation, die eine der stärksten Gewerkschaften der Welt ist, wiederherstellen zu können. Die Vorgänge der letzten Jahre zeigen jedenfalls, welche schwerwiegende Probleme sich ergeben können, wenn Arbeiterparteien und Gewerkschafter selbst Regierungsverantwortung in einem Entwicklungsland zu tragen haben.

J. E. Palmon, Tel Aviv